

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 88 846 pbbn d

Inhalt

Klaus Thüsing MdB, Mitglied der deutsch-israelischen Parlamentariergruppe, zur Nahost-Situation. Seite 1

Wolfgang Clement, Vorstandssprecher der SPD, zum Umgang der Union mit der Demoskopie: Umfrage-Ergebnisse contra "Wende". Seite 4

Klaus Daubertshäuser MdB, Obmann der SPD im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages, zum Ausgleich von Defiziten im Nahverkehr. Seite 7

37. Jahrgang / 160

25. August 1982

Israels Pyrrhus-Sieg

Beginn Libanon-Krieg hat das Nahost-Problem verschärft

Von Klaus Thüsing MdB
Mitglied der deutsch-israelischen Parlamentariergruppe

69 Tage lang belagerte die israelische Armee Westbeirut: Hunderte starben unter den mörderischen Bombardements Israels, Tausende wurden verletzt, die Stadt in ein Trümmerfeld verwandelt.

Der Abzug der PLO-Kämpfer beendet die Epoche der palästinensischen Vorherrschaft im Süden des Libanon und in Westbeirut, die nur möglich war, weil die einflußreichsten moslemischen und drusischen Führer des Libanon die PLO unterstützten, um mit ihrer Hilfe eine neue politische und wirtschaftliche Ordnung im Libanon aufzubauen. Nur deshalb war es der PLO möglich, einen Quasi-Staat mit eigener politischer Führung, Streitmacht, Verwaltung, Wirtschaftsunternehmen und einem Netz sozialer Organisationen aufzubauen.

Für die Regierung Israels blieb die PLO trotz allem ausschließlich eine Organisation von Terroristen. Der Abzug der PLO aus Beirut ist daher in den Augen des israelischen Ministerpräsidenten Begin "einer der größten Erfolge in der Geschichte unseres Staates". Israels Verteidigungsminister Sharon erklärte: "Der Terror im Nahen Osten sowie in der ganzen Welt hat einen harten Schlag einstecken müssen."

Doch steht Israel tatsächlich vor "langen Jahren der Ruhe", wie sein Ministerpräsident erklärte und wird "eine neue Ära der Koexistenz zwischen Israel und den Palästinensern beginnen", wie sein Verteidigungsminister hinzufügte?



Zunächst ist festzustellen, daß die PLO sich keineswegs als besiegt ansieht. "Ein stolzer Tag für die palästinensische Revolution" sagte Abu Jihad, der stellvertretende Kommandeur der palästinensischen Streitkräfte, beim Abzug der ersten PLO-Kämpfer aus Beirut. Tatsächlich hat Israel die Absicht der physischen Vernichtung der PLO nicht erreicht, weil Israel vor der militärischen Eroberung Westbeiruts zurückschreckte - wohl weniger, um die Zivilbevölkerung zu schonen, die wochenlang schutzlos dem israelischen Bombardement ausgesetzt war, sondern weil weitere große eigene Verluste befürchtet wurden, die niemand in Israel politisch verantworten wollte. Israel hat militärisch seinen Sieg nicht vollenden können.

Zusätzlich war der Libanon-Krieg, den Israel gegen die Palästinenser und ihre politische und militärische Führung führte, für Israel eine politische Niederlage, die dem jüdischen Staat schwer zu schaffen machen wird. Das moralische Ansehen Israels ist durch den Angriffskrieg, der ohne Rücksicht auf die Zivilbevölkerung geführt wurde, schwer geschädigt worden. Entscheidend aber ist, daß die Lösung des Schlüsselproblems des Nahost-Konflikts, nämlich der nationalen Frage der Palästinenser, entscheidend schwieriger geworden ist. Die in Westbeirut konzentrierte PLO-Führung unter unbestrittener Führung von Jassir Arafat und seiner gemäßigten Fatah bot Israel und anderen beteiligten Staaten die große Chance, mit einer Organisation der Palästinenser zu reden, die mit Legitimität für die palästinensische Sache sprechen konnte, was ja nicht heißt, jede Position der PLO anzuerkennen, aber der Versuch gewesen wäre, Gewalt durch Politik zu ersetzen.

Selbst die von Israel in den besetzten Gebieten eingesetzten und erst recht die in diesen Gebieten gewählten Bürgermeister erkannten die PLO als ihre Führung an. Durch die Zerstreung der PLO in viele arabische Länder wird es die bisherige gemäßigte Führung unter Jassir Arafat, die seit 1968 immer stärker auf politische Lösungen setzte und auf einen entsprechenden israelischen Schritt vergeblich wartete, sehr schwer haben, die verschiedenen Organisationen der Palästinenser, deren Bedingungen und politische Spielräume sehr unterschiedlich sein werden, wie bisher einheitlich zu führen - und zwar mit Offenheit für politische Lösungen. Die Gefahr ist groß, daß unter den verschiedenen Organisationen und ihren Führern harte Konkurrenzkämpfe ausbrechen werden, bei denen man sich Legitimität und Anerkennung durch besonders extreme Positionen und dazu passende Taten zu verschaffen versucht.

Da die PLO auch nach einer Erklärung des amerikanischen Verteidigungsministers Weinberger von den Palästinensern getrennt werden soll, was der Politik Israels entspricht, besteht die Gefahr, daß sich die PLO und ihre einzelnen Organisationen auf andere Weise in Erinnerung rufen und ins Spiel bringen werden. Der Hauptberater für Sicherheitsfragen des PLO-Vorsitzenden Arafat, Abu Iyad, hat diese Gefahr schon deutlich genannt, als er sagte: "Das, was in Beirut geschah, wird es uns unmöglich machen, unsere Extremisten im Zaun zu halten."

Andere Gesprächspartner, die mit Legitimation für das palästinensische Volk sprechen könnten, werden weder Israel noch die USA finden; gerade nach dem erfolgreichen Widerstand der PLO während der Belagerung Beiruts. Die israelische Regierung hat seit dem Sechs-Tage-Krieg von 1967 Gesprächspartner außerhalb der PLO, die mit Legitimität für die Palästinenser hätten sprechen können, nie gefunden. Das scheiterte unter Führung der Arbeiterpartei auch aus politisch-praktischen Gründen, unter Führung Begin und seiner Cherut-Bewegung zusätzlich aus ideologischen, weil es für Begin und seine Anhänger eine Nation der Palästinenser, die ein Selbstbestimmungsrecht hätte, schlicht nicht gibt.

Ehe es zu einer neuen Welle von Terror und Gegenterror kommt, muß deshalb endlich der Prozeß einer politischen Lösung der nationalen Frage der Palästinenser beginnen mit dem Ziel einer Eigenstaatlichkeit der Palästinenser und konföderativen Zusammenarbeit mit Jordanien, dessen Bevölkerung schon heute mehrheitlich palästinensisch ist. Jeder Versuch, bei solch einem Prozeß die PLO auszuschalten - wie das Israel und Verantwortliche der Reagan-Administration sollen - wird zum Scheitern verurteilt sein. Deshalb ist auch der Friedensprozeß auf der Grundlage der Camp-David-Vereinbarungen in die Sackgasse geraten, was der neue amerikanische Außenminister George Shultz praktisch zugegeben hat, als er die Erweiterung von Camp David und den Rückzug Israels von der Westbank forderte. Begin's Antwort war die Ankündigung der Gründung neuer Siedlungen.

Da die Vereinigten Staaten sich bisher aus vielfältigen Gründen zu einer Anerkennung der PLO nicht durchringen konnten, ist es um so dringender geboten, daß die europäischen Staaten in Erweiterung und Fortsetzung ihrer Entschlüsse die PLO sofort als legitime Vertretung des gesamten palästinensischen Volkes anerkennen. Leider hat sich die Bundesrepublik, wie auch die anderen westeuropäischen Staaten mit Ausnahme von Griechenland, nicht einmal bereitgefunden, der jüngsten EntschlieÙung der UN-Vollversammlung zuzustimmen, in der das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung ohne äußere Einmischung und nationale Unabhängigkeit gefordert wird. Die EG-Staaten sind in der Gefahr, erneut das Notwendige nicht oder zu spät zu tun und so ihren Einfluß zu verlieren, der deshalb entscheidend sein könnte, weil sie im Unterschied zu den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion nicht einseitig Partei sind.

(-/25.8.1982/bgy/rs)

+ + +



Umfrage-Ergebnisse contra "Wende"

Die von der Union behaupteten "neuen Mehrheiten" sind demoskopisch nicht belegbar

Von Wolfgang Clement

Vorstandssprecher der SPD

Es kennzeichnet den heutigen Zustand der Bonner Opposition, daß sie die Auseinandersetzung mit der Bundesregierung im wesentlichen mit den Mitteln der Demoskopie statt mit Argumenten führt. Sachliche Alternativen der CDU/CSU sucht man auf weiter Flur vergebens, wie soeben auch die niedersächsische CDU-Wirtschaftsministerin Breuel bemängelte, indem sie bei ihrer Bonner Parteiführung konkrete Aussagen zur aktuellen Haushaltsdiskussion anstelle der momentanen Schauveranstaltungen annahmte. So ähnelt die politische Diskussion in der Bundeshauptstadt heute mehr einer Gespenster- und Geisterbeschwörung, einer Wende- und Wechselreiterei, in der die Union mit Unterstützung ihrer Helfershelfer von der Demoskopie versucht, einen Regierungsanspruch, wenn schon nicht von der Sache her, dann wenigstens mit angeblichen "neuen Mehrheiten" zu begründen.

Auffallendste Beispiele: Der konzertierte Versuch des Leiters des sozialwissenschaftlichen Instituts der Konrad-Adenauer-Stiftung, Hans Rühle und Elisabeth Noelle-Neumanns, eine "Trendwende" zu Lasten der SPD und eine neue "Grundorientierung" zugunsten der Union herbeizudefinieren, und zugleich der FDP die Möglichkeit vorzugaukeln, daß sie mit der SPD nur noch untergehen, sich aber bei einem Wechsel an die Seite der CDU die Aussicht auf ein, wenn auch nicht übergroßes, so doch sicheres Wählerpotential einhandeln könne.

In diesem pseudowissenschaftlichen Wirrwarr lohnt es, ein paar schlichte demoskopische Fakten zu benennen:

1. Ungeachtet des Stimmungstiefs, in dem sich derzeit die Koalitionsparteien befinden, und zwar ersichtlich aufgrund der unsicheren allgemeinen Wirtschaftslage, bewegt sich das Ansehen des Bundeskanzlers dieser sozialliberalen Koalition auf unverändert hohem Niveau.

Konkret: Nach einer infas-Untersuchung (28. Juni bis 1. August, 821 Befragte) würden sich im Juli bei einer "Kanzler-Alternative" Schmidt/Kohl 49 Prozent der Wähler - vier Prozent mehr als im Juni, in dem die Kandidaten-Präferenz gegen Ernst Albrecht gemessen wurde, für Helmut Schmidt entscheiden; wenn der Bundeskanzler direkt bestimmt werden könnte; 34 Prozent für Kohl (keine Angaben: 17 Prozent). Damit liegt der Kanzler im Juli 1982 im Vergleich zu Kohl besser als im August oder September 1981.

Bei den Anhängern der Koalitionsparteien ist Helmut Schmidt gänzlich unangefochten: 95 (gegen drei) Prozent der SPD-Anhänger geben dem Bundeskanzler den Vorzug vor dem Oppositionsführer. Bei den FDP-Anhängern lautet das Verhältnis 86 zu zwei.

Dies macht unübersehbar deutlich: Für die Wähler beider Koalitionsparteien, von SPD und FDP, gibt es auf seiten der Opposition keine akzeptable personelle Alternative zu Helmut Schmidt. Dieses Wissen erklärt ja letztlich - bei aller Anfälligkeit der CDU/CSU für die Demoskopie - das nur mühsam unter der Decke gehaltene Kandidatengerangel in der Unionsführung.



2. Die insbesondere von Elisabeth Noelle-Neumann befürchtete Ansicht, die FDP könne gewissermaßen ohne Gefahr für Leib, Leben und Existenz den Seitenwechsel wagen, hält einer Überprüfung nicht stand. Das belegt nicht nur die soeben vom "Spiegel" veröffentlichte Emnid-Umfrage zur hessischen Wahl, sondern ergibt sich auch aus bundesweiten Untersuchungen.

So ermittelte infas (31. Mai bis 25. Juli 1982, 2.987 Befragte), daß die FDP-Anhänger nahezu unverändert eine sozialliberale Koalition einer Koalition mit der Union im Verhältnis von 2:1 vorziehen, nämlich mit 54 gegen 24 Prozent, wobei sich die Zahl der Befürworter einer Koalition mit der CDU/CSU seit September 1981 nicht um ein Jota erhöht hat; hingegen ist in der "Zweitpräferenz", also der dem Befragten am "zweitbesten" gefallenden Partei, sogar eine leichte Verschiebung zugunsten der SPD feststellbar: 43 Prozent der FDP-Wähler (September 1981: 39 Prozent) bezeichnen heute die SPD als die in ihren Augen "zweitbeste Partei", die CDU fiel in diesem Zeitraum von 20 auf 16 Prozent ab.

Diese neuesten infas-Zahlen werden auch durch Ergebnisse gestützt, die Emnid zuletzt (31. März bis 16. April) in der ersten April-Hälfte ermittelte: Danach sprachen sich die FDP-Anhänger ebenfalls mit absoluter Mehrheit, nämlich mit 58 Prozent, für ein Festhalten am Bündnis mit der SPD bis 1984 aus; nur unter Unionsanhängern plädierte im April 1982 eine deutliche Mehrheit (83 Prozent) für einen Koalitionswechsel.

Daraus folgt auch, daß die hier und da von Frau Noelle-Neumann übernommene Ansicht, die FDP könne bei einem Wechsel im Laufe dieser Legislaturperiode in einer neuen Bundesregierung bis zur Wahl 1984 in eine "neue Mehrheit" vorstoßen, mehr als zweifelhaft ist. So sprechen sich auch nur 22 Prozent der FDP-Wähler - und selbst nur 34 Prozent der CDU-Wähler - für einen solchen Wechsel aus, den man deshalb besten Gewissens als mindestens ungedeckt bezeichnen kann.

3. Die von führenden CDU-Politikern behauptete Abwanderung von überdimensionalen Teilen der Arbeiterschaft von der SPD weg zur Union, ist eindeutig falsch: Selbst nach den von der Konrad-Adenauer-Stiftung verbreiteten Zahlen sind die Ansehensverluste, gegen die die Sozialdemokratie derzeit ankämpfen muß, in der Arbeiterschaft unterdurchschnittlich; sie ergeben sich ganz offensichtlich aus den unsicheren Wirtschaftserwartungen, die sich noch in allen demokratischen Industrieländern gegen die Regierungsparteien auswirken, und sind keineswegs eine ideologisch zu fassende Hinwendung zur CDU/CSU.

Dies korrespondiert übrigens auch mit den infas-Daten (siehe unter 1) zum Ansehen des Bundeskanzlers: Bei den gewerkschaftlich gebundenen Angestellten und Beamten ist die "Kanzler-Präferenz" für Helmut Schmidt gegenüber Helmut Kohl mit 67 zu 19 Prozent weit überdurchschnittlich hoch. Und mit der Politik des Bundeskanzlers sind Arbeiter (34 zu 20 Prozent) sowie gewerkschaftlich gebundene Angestellte und Beamte (40 zu 13 Prozent) deutlich mehr einverstanden als der Bevölkerungsdurchschnitt (30 zu 21 Prozent/Rest: "teils-teils"), wobei sich die generelle Einschätzung auch hier seit September 1981 leicht gebessert hat.



Bemerkenswert ist schließlich - bei der insgesamt außerordentlich kritischen Einstellung potentieller "grüner" Wähler gegenüber den "etablierten" Parteien - das sehr hohe Ansehen, das Bundeskanzler Helmut Schmidt gerade in diesem Wählerbereich genießt, und das nur knapp unter dem der SPD-Anhänger und damit deutlich über der Einschätzung der Gesamtbevölkerung rangiert. Auffallend ist überdies, daß sich deutlich über 50 Prozent der Grünen-Anhänger gegen einen Koalitionswechsel der FDP zur CDU/CSU aussprechen, und gleichzeitig ein besonders starkes Interesse für Reformpolitik bekunden.

Dies läßt bei aller Unsicherheit in der Einschätzung gerade dieses Wählerpotentials den Schluß zu, daß zumindest Teile der potentiellen Grünen-Wähler für eine Unterstützung dieser sozialliberalen Bundesregierung zurück oder neu gewonnen werden können, allerdings unter der Voraussetzung einer konsequenten und zielklaren Reformpolitik. Damit wäre die vierte Partei-Spekulation der CDU/CSU, die ja zu Lasten der sozialliberalen Sache gehen soll, zumindest bei einer bundespolitischen Konfrontation durchaus zu durchkreuzen.

Fazit: Die Demoskopie liefert keine Argumente für "Trendwenden" und Wechselreiterien. Sie offenbart allerdings einen engen Zusammenhang zwischen der deutlich gesunkenen Bewertung der allgemeinen Wirtschaftslage und der Leistungsbeurteilung der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien, besonders der SPD. Hier drängt sich eine Parallele zur Lage nach der ersten Ölkrise und den Einbrüchen namentlich für die SPD im Jahre 1974 auf, einer Krise, die bekanntlich überwunden wurde, mitnichten durch taktische Phraseologie, sondern durch verantwortliches wirtschaftspolitisches Handeln und durch ein unbeirrtes Festhalten am Wählerauftrag für Friedens- und Reformpolitik.

(-/25.8.1982/vo-he/rs)

+ + +



Defizite im Nahverkehr

Zur Forderung, die Bürger zur Finanzierung heranzuziehen

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Obmann der SPD im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages

Der Bochumer Oberbürgermeister Heinz Eikelbeck hat "frischen Wind" in die Diskussion um die finanzielle Situation des öffentlichen Personennahverkehrs gebracht.

In seiner Eigenschaft als stellvertretender Vorsitzender des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr (VRR) hat er auf die Finanzverluste im Nahverkehr hingewiesen und neue Finanzierungsformen für die Verlustabdeckung gefordert.

Er schlägt vor: "Alle Haushalte sollten zur Finanzierung von Bussen und Bahnen im Nahverkehr herangezogen werden. Jeder Bürger im Gebiet des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr (VRR) würde dann jährlich mit etwa 20 DM belastet, um die Verluste des Verkehrsunternehmens auszugleichen."

Ob die Idee so realisiert werden kann wie vorgeschlagen, liegt bei den Trägern des VRR. Bemerkenswert aus der Bonner verkehrspolitischen Sicht ist jedoch die begrüßenswerte Erkenntnis des Bochumer Oberbürgermeisters Eikelbeck, daß es eine wichtige Notwendigkeit für einen attraktiven ÖPNV ist, zu einer starken Finanzierungsverantwortung der Kommunen zu kommen. Gleichmaßen gilt dies auch für die Länder, wobei man hier hinzufügen muß, daß das Bundesland Nordrhein-Westfalen bereits seit Jahren dem ÖPNV eine dominierende Rolle zuzißt.

Der Bund hat sich in den letzten Jahren im ÖPNV-Bereich stärker als Länder und Kommunen zusammen engagiert. Wesentliche Fortschritt im ÖPNV wird es nur geben bei einer stärkeren Finanzverantwortung von Ländern und Kommunen. Aber auch dann wird die Bonner Verkehrspolitik nicht aus "dem Schneider" sein; hier ist die mittelfristige Zielsetzung, den Anteil aus der Mineralölsteuer, den wir für den ÖPNV zur Verfügung haben, auszuweiten, nicht aus den Augen zu verlieren.

So berechtigt auch auf den ersten Blick die weitere Erkenntnis von Oberbürgermeister Eikelbeck erscheint: "Luxus können wir uns nicht mehr leisten" - so muß man doch differenzieren.

Richtig ist, daß die Schere zwischen Einkommen und Kosten nicht weiter auseinanderklaffen darf, weil damit die Gefahr verbunden ist, daß die öffentlichen Gelder hauptsächlich in die Subventionen des Betriebes fließen und daß damit Investitionen unterbleiben. Damit sinkt die Attraktivität weiter nach unten. Das Verkehrsaufkommen geht folglich noch weiter zurück. Nun stellt sich die Frage: "Was heißt eigentlich Attraktivität?" Attraktivität heißt im Nahverkehr:

1. ein dichtes Netz, welches gut miteinander verknüpft ist,
2. kurze Taktzeiten, die dem Bedienungspersonal entsprechen,
3. ein Fahrkomfort, der anspricht und nicht verschreckt, und dann erst
4. der Fahrpreis.

So verstanden muß man aufpassen, daß man nicht durch vermeintlichen "Luxus-Abbau" das "Kind mit dem Bade ausschüttet".

Alles in allem: OB Eikelbecks Vorschläge eröffnen neue interessante Perspektiven in der ÖPNV-Diskussion. Sie sollten in anderen Kommunen und Verkehrsverbänden aufgegriffen werden!
(-/25.8.1982/h1/rs)

+ + +

